

*Ann Wright, die früher Oberst in der U.S. Army und im diplomatischen Dienst der USA tätig war und heute Friedensaktivistin ist, weist auf den Zusammenhang zwischen den US-Killerdrohnen und der Militarisierung der US-Außenpolitik hin.*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 123/17 – 26.07.17

**Killerdrohnen und die Militarisierung der US-Außenpolitik**  
**In den Augen vieler Menschen auf der ganzen Welt wird die US-Außenpolitik**  
**nicht mehr von Diplomaten, sondern vor allem von Militärs gemacht –**  
**und das Drohnenprogramm ist der beste Beweis dafür**

Von Ann Wright

CommonDreams, 19.06.17

( <https://www.commondreams.org/views/2017/06/19/killer-drones-and-militarization-us-foreign-policy> )

Die Militarisierung der US-Außenpolitik hat nicht erst unter dem Präsidenten Donald J. Trump begonnen, sondern mehrere Jahrzehnte vorher. Wenn Trump so weitermacht wie in seinen ersten 100 Tagen, beabsichtigt er auch nicht, diesen Trend zu verlangsamen.



Ann Wright (stehend) bei einem CODEPINK-Besuch im April 2016 in der Friedenskirche in Kaiserslautern  
(Foto: LUFTPOST)

Während einer einzigen Woche im April hat die Trump-Regierung 59 Tomahawk-Marschflugkörper auf einen syrischen Flugplatz abfeuern (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP05717\\_130417.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP05717_130417.pdf) ) und die größte konventionelle US-Bombe auf ein in Afghanistan vermutetes ISIS-Tunnelsystem abwerfen lassen (s. dazu auch <http://www.n-tv.de/politik/US-Megabombe-toetet-Dutzende-IS-Kaempfer-article19794198.html> ). Diese Brandbombe, die 21.600 Pounds (9.789 kg) wiegt, hat einen Aufschlagzünder und wurde bisher noch nie in einem Kampfgebiet eingesetzt: Die Massive Ordnance Air Blast (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/GBU-43/B\\_Massive\\_Ordnance\\_Air\\_Blast](https://de.wikipedia.org/wiki/GBU-43/B_Massive_Ordnance_Air_Blast) ), abgekürzt MOAB, die im Militärjargon auch "Mutter aller Bomben" heißt, wurde im Bezirk Achin in Afghanistan abgeworfen, wo eine Woche vorher Mark De Alencar, ein Staff Sgt. (Feldweibel) der U.S. Special Forces, getötet worden war. Die Bombe war vor diesem Abwurf nur zweimal getestet worden – 2003 auf der Elgin Air Base in Florida.

Dass die neue US-Regierung militärischer Gewalt den Vorzug vor Diplomatie gibt, wurde auch dadurch unterstrichen, dass sie General John Nicholson, dem kommandierenden General der US-Streitkräfte in Afghanistan, die Entscheidung über den Einsatz der Megabombe überlassen hat. Präsident Trump lobte den Bombenangriff und bestätigte, dass er die US-Militärs dazu ermächtigt hat, über die Durchführung von Militäraktionen überall auf der Welt vollkommen eigenständig zu entscheiden (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP06417\\_240417.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06417_240417.pdf)) – was vermutlich bedeutet, dass sie vorher noch nicht einmal den Nationalen Sicherheitsrat konsultieren müssen.

Trumps Vorliebe für Militärs zeigte sich auch daran, dass er zwei bisher für Zivilisten reservierte Schlüsselpositionen mit Militärs besetzt hat: die Posten des Verteidigungsministers und des Nationalen Sicherheitsberaters. Drei Monate nach seinem Amtsantritt sind Hunderte hochdotierter ziviler Stellen im Verteidigungsministerium und in anderen Regierungsbehörden immer noch unbesetzt.

### **Ein immer häufiger übertretenes Verbot**

Präsident Trump hat sich zwar noch nicht zum Thema Mord aus politischen Gründen geäußert, bis jetzt gibt es aber noch keine Anzeichen dafür, dass er die von seinen Vorgängern eingeführte Praxis der Drohnenmorde aufgeben will.

Präsident Gerald Ford hatte mit seiner 1976 erlassenen Executive Order 11905 [s. <https://www.britannica.com/topic/Executive-Order-11905>] eigentlich eine ganz andere Richtung vorgegeben. Darin hatte er angeordnet: "Kein Angestellter der US-Regierung darf einen politischen Mord begehen oder sich mit anderen dazu verabreden."

Er erließ dieses Verbot, als das Church Committee (weitere Infos dazu s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Church\\_Committee](https://de.wikipedia.org/wiki/Church_Committee)), ein Senatsausschuss zur Untersuchung von Operationen der US-Geheimdienste unter Vorsitz des demokratischen Senators Frank Church aus Idaho, und das Pike Committee (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pike\\_Committee](https://de.wikipedia.org/wiki/Pike_Committee)), ein Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses unter Vorsitz des demokratischen Senators Otis G. Pike aus New York mit dem gleichen Auftrag, ihre Erkenntnisse über das Ausmaß der CIA-Mordoperationen gegen führende ausländische Politiker in den 1960er und 1970er Jahren vorlegten.

Mit wenigen Ausnahmen wurde unter nachfolgenden US-Präsidenten das Verbot eingehalten. Erst Präsident Ronald Reagan ordnete 1986 einen Luftangriff auf den Palast des libyschen Machthabers Muammar Gaddafi in Tripolis an – als Vergeltung für den Bombenanschlag auf eine Diskothek in Berlin (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/La\\_Belle\\_\(Diskothek\)](https://de.wikipedia.org/wiki/La_Belle_(Diskothek))), bei dem ein US-Soldat und zwei deutsche Zivilisten getötet und 229 Personen verletzt worden waren. Obwohl US-Bomber in nur 12 Minuten 60 Tonnen Bomben abgeworfen hatten, wurde Gaddafi nicht getroffen.

1998, zwölf Jahre später, ließ Präsident Bill Clinton 80 Marschflugkörper auf Schlupfwinkel der Al-Qaida in Afghanistan und im Sudan abfeuern, als Vergeltung für die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania (weitere Infos dazu s. unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag\\_auf\\_die\\_Botschaften\\_der\\_Vereinigten\\_Staaten\\_in\\_Daressalam\\_und\\_Nairobi](https://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag_auf_die_Botschaften_der_Vereinigten_Staaten_in_Daressalam_und_Nairobi)). Die Clinton-Regierung rechtfertigte diese Aktion mit der Behauptung, das Verbot, das politische Morde untersagt, gelte nicht für Personen, die von der US-Regierung als Terroristen betrachtet würden.

Wenige Tage, nach den Al-Qaida zugeschriebenen Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 unterzeichnete Präsident George W. Bush eine Anweisung, mit der er die CIA beauftragte, "mit verdeckten Operationen Osama bin Laden zu finden und zu töten und

sein Terrornetzwerk zu zerstören". Das Weiße Haus und CIA-Rechtsberater behaupteten, diese Anweisung sei aus zwei Gründen durch die US-Verfassung gedeckt: Erstens entspreche sie der Interpretation der Clinton-Regierung, dass die Executive Order 11905 nicht für Terroristen gelte, und zweitens sei das Verbot politischer Morde in Kriegszeiten aufgehoben.

## **Die Drohnen werden losgeschickt**

Seit die Bush-Regierung das Verbot politischer Morde durch die Umbenennung in "gezielte Tötungen" praktisch aufgehoben hat, lassen Präsidenten beider Parteien nun schon fast ein Viertel Jahrhundert lang wieder politische Morde begehen.

Die U.S. Air Force setzt zwar schon seit den 1960er Jahren unbemannte Luftfahrzeuge, so genannte UAVs, zur Überwachung ein. Aber erst nach den 9/11-Anschlägen nutzen das US-Verteidigungsministerium und die CIA bewaffnete "Drohnen" – wie die UAVs dann hießen – auch dazu, Anführer und Kämpfer der Al-Qaida und der Taliban aufzuspüren und zu töten.

Zu diesem Zweck errichteten die USA spezielle Basen in Afghanistan und Pakistan; nach einer Reihe von Drohnenangriffen – auch auf eine Hochzeitsgesellschaft – bei denen zahlreiche Zivilisten getötet wurden, hat die pakistanische Regierung 2011 verfügt, dass die US-Soldaten mit ihren Drohnen die Shamsi Air Base verlassen müssen. Die Drohnenmorde in Pakistan werden jetzt von einer Basis außerhalb dieses Staates durchgeführt.

2009 machte Präsident Barack Obama da weiter, wo sein Vorgänger aufgehört hatte. Weil der Unmut der Öffentlichkeit und des Kongresses über die ferngesteuerten Drohnen zunahm, mit denen das Militär und die CIA 10.000 Meilen entfernte Menschen umbrachten, sah sich das Weiße Haus gezwungen, das Programm der gezielten Tötungen offiziell zu bestätigen und mitzuteilen, wie Personen auf die Tötungsliste kamen.

Anstatt das Programm zurückzufahren, hat es die Obama-Regierung sogar noch ausgeweitet. Alle männlichen Personen im wehrfähigen Alter, die sich in ausländischen Kampfgebieten aufhielten, konnten bei so genannten "Signature Strikes" (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP01613\\_030213.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf) ) zu Zielpersonen werden. Noch verstörender ist, dass auf hochrangige Terroristen zielende "Personality Strikes" auch gegen US-Staatsbürger gerichtet werden konnten.

Diese theoretische Möglichkeit wurde schon bald grausige Wirklichkeit. Im April 2010 autorisierte Präsident Obama die CIA, den US-Staatsbürger Anwar al-Awlaki, einen ehemaligen Imam einer Moschee in Virginia, als "Zielperson" zu ermorden. Weniger als ein Jahrzehnt vorher hatte das Büro des Secretary of the Army (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/United\\_States\\_Secretary\\_of\\_the\\_Army](https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Secretary_of_the_Army) ) den Imam eingeladen, an einem religionsübergreifenden Gedenken nach den 9/11-Anschlägen teilzunehmen. Später übte der Imam scharfe Kritik am "Krieg gegen den Terror," kehrte in den Jemen, das Heimatland seines Vaters zurück und half mit, Al-Qaida-Kämpfer zu rekrutieren.

Am 30. September 2011 wurden Anwar al-Awlaki und Samir Khan, ein weiterer US-Amerikaner, der sich mit ihm im Jemen aufhielt, durch einen Drohnenangriff getötet. Zehn Tage später brachte eine US-Drohne auch den US-Staatsbürger Abdulrahman al-Awlaki, den 16-jährigen Sohn des Imams, um – bei einem Angriff auf eine Gruppe junger Männer, die um ein Lagerfeuer saßen. Die Obama-Regierung hat nie mitgeteilt, ob sie den 16-Jährigen gezielt töten ließ, weil er der Sohn Anwar al-Awlakis war, oder ob er Opfer eines "Signature Strikes" gegen junge Männer im wehrfähigen Alter wurde. Später hat ein Reporter bei

einer Pressekonferenz im Weißen Haus Obamas Sprecher Robert Gibbs gefragt, wie die gezielte Tötung eines minderjährigen US-Bürgers ohne Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gerechtfertigt werde?

Die Antwort, die Gibbs gab, trug nichts zur Verbesserung des Images der USA in der islamischen Welt bei: "Ich meine, der Vater des Jungen hätte verantwortlicher handeln und sich mehr um das Wohlergehen seines Sohnes kümmern müssen. Ich denke, mit seiner Entscheidung, sich auf die Seite der Al-Qaida-Dschihadisten und Terroristen zu schlagen, hat er das nicht getan."

Am 29. Januar 2017 wurde auch Nawar al-Awlaki, die 8-jährige Tochter des Imams, bei einem US-Drohnenangriff im Jemen getötet; den hat Obamas Nachfolger Donald Trump angeordnet.

Aus Medienberichten geht hervor, dass bei Drohnenangriffen auf Hochzeitsgesellschaften und Begräbnisse auch viele Zivilisten sterben. Die Einwohner des Grenzgebietes zwischen Afghanistan und Pakistan hören das Surren der kreisenden Drohnen oft rund um die Uhr, und besonders Kinder leiden oft unter psychischen Traumata.

Die Obama-Regierung musste auch viel Kritik für die Taktik des "Doppelschlages" einstecken, bei der nach dem Einschlagen der ersten Hellfire-Rakete in ein Haus oder ein Fahrzeug eine zweite Rakete auf die herbeieilenden Helfer abgefeuert wird. Das sind aber meistens Zivilisten aus der Nachbarschaft, die Verletzte aus einstürzenden Trümmern oder brennenden Autos bergen wollen.

### **Eine zunehmend kontraproduktive Taktik**

Die Verwendung von Drohnen wird traditionell damit begründet, dass sie den Einsatz von "Kommandotrups", die in gefährlicher Umgebung am Boden operieren müssten, überflüssig machen, damit US-Soldaten oder paramilitärisch agierende CIA-Agenten nicht ihr Leben riskieren müssen. US-Offizielle behaupten auch, wegen der länger andauernden Überwachungsflüge der UAVs könnten die Angriffe gezielter erfolgen und die Anzahl der zivilen Opfer verringert werden. Vermutlich ist es für die US-Regierung auch sehr wichtig, dass die Zielpersonen die Drohnenangriffe nicht überleben und nicht mehr eingesperrt und angeklagt werden müssen.

Selbst wenn das alles zuträfe, gleicht das die negativen Auswirkungen des Drohnenprogramms auf die US-Außenpolitik nicht aus. Die Drohnen scheinen dem US-Präsidenten zwar einen größeren Spielraum bei der Entscheidung über Krieg oder Frieden zu geben, ihr Einsatz hat aber eine ganze Reihe schwerwiegender langfristiger Folgen für die Außenpolitik der USA und die betroffenen Bevölkerungen.

Da beim Einsatz von Drohnen nicht mit US-Verlusten gerechnet werden muss, besteht die Gefahr, dass die Politiker in Washington Sicherheitsprobleme eher gewaltsam (mit Drohnen), statt durch Verhandlungen mit den Gegnern zu lösen versuchen. Da UAVs besonders feige töten, provozieren sie auch eher das Bedürfnis nach Vergeltung als herkömmliche Waffensysteme. Für viele Menschen im Mittleren Osten und in Südasien sind Drohnen eher ein Zeichen der Schwäche der US-Regierung und ihres Militärs, als ein Zeichen der Stärke. Sie fragen, sollten tapfere Soldaten nicht am Boden kämpfen, anstatt sich hinter am Himmel kreisenden Drohnen zu verstecken und die Raketen von einem Tausende von Meilen entfernten Sessel aus abzufeuern?

Seit 2007 sind mindestens 150 NATO-Soldaten "Insiderangriffen" afghanischer Soldaten und Polizisten zum Opfer gefallen, die vorher von Koalitionstruppen ausgebildet worden

waren. Viele der "verbündeten" Afghanen, die US-Soldaten und -Zivilisten umbringen, kommen aus den Stammesgebieten beiderseits der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan, in denen die meisten Drohnenangriffe stattfinden. Sie nehmen Rache für ihre getöteten Familienmitglieder und Freunde, indem sie ihre US-Ausbilder umbringen.

Auch in den USA selbst gibt es Versuche, Vergeltung für die Drohnenmorde zu üben. Am 1. Mai 2010 wollte der aus Pakistan stammende US-Amerikaner Faisal Shahzad am Times Square eine Autobombe zünden. Als sich Shahzad vor dem Richter schuldig bekannte, rechtfertigte er sich mit folgender Aussage: "Wenn die Drohnen in Afghanistan und im Irak töten, nehmen sie keine Rücksicht – auch nicht auf Kinder. Sie töten Frauen, Kinder und jeden, der in der Nähe ist. Sie sollen alle Muslime umbringen."

2012 hat die U.S. Air Force mehr Piloten für Drohnen als für traditionelle Flugzeuge ausgebildet; zwischen 2012 und 2014 wollte sie zusätzlich 2.500 Piloten und zum Bodenpersonal gehörende Soldaten allein für das Drohnenprogramm rekrutieren. Das sind fast doppelt so viele Personen, wie in zwei Jahren in den diplomatischen Dienst aufgenommen werden.

Auf Drängen des Kongresses und der Medien musste die Obama-Regierung zugeben, dass der Präsident jeden Dienstag die auf die Tötungsliste gesetzten Zielpersonen bestätigt. In den internationalen Medien, wurde der "Terror-Dienstag" zum festen Bestandteil der US-Außenpolitik.

### **Es ist noch nicht zu spät**

Für viele Menschen rund um die Welt ist die US-Außenpolitik der letzten 16 Jahre vor allem durch Militärinterventionen im Mittleren Osten und Südasien und große Land- und Seemanöver im Nordosten Asiens geprägt. In den Augen der Welt wurden US-Erfolge auf den Gebieten Wirtschaft, Kultur und Menschenrechte durch die lang andauernden Kriege in den Hintergrund gedrängt.

Die Fortsetzung des US-Drohnenkrieges und der gezielten Tötungen wird das Ansehen der USA im Ausland und das Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit nur weiter sinken, das Misstrauen gegenüber den Absichten der US-Regierung aber weiter wachsen lassen. Damit spielt unsere Regierung unseren Feinden, die wir besiegen wollen, nur in die Hände.

Während seines Wahlkampfes hat Donald Trump versprochen, dass er die "USA wieder nach vorne" bringen und die Politik der Regimewechsel aufgeben wolle. Es ist noch nicht zu spät, dieses Versprechen einzulösen und aus den Fehlern seiner Vorgänger zu lernen. Dazu muss er aber die fortschreitende Militarisierung der US-Außenpolitik stoppen.

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Den Link in eckigen Klammern hat Ann Wright selbst eingefügt. Weitere Infos über sie sind nachzulesen unter [https://en.wikipedia.org/wiki/Ann\\_Wright](https://en.wikipedia.org/wiki/Ann_Wright) .*

*Ann Wright kommt übrigens zu der Aktionswoche der Kampagne Stopp Air Base Ramstein, die, wie unter <http://www.ramstein-kampagne.eu/> nachzulesen ist, vom 3. bis 10. September 2017 stattfindet, und sie wird auf dem Internationalen Kongress zu Militärbasen und auf der Abendveranstaltung am 08.10. reden.*

*Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*



## **Killer Drones and the Militarization of U.S. Foreign Policy**

**In the eyes of many around the world, diplomacy has taken a back seat to military operations in U.S. foreign policy. The drone program is a prime example.**

By Ann Wright, June 19, 2017

The militarization of U.S. foreign policy certainly didn't start with President Donald J. Trump; in fact, it goes back several decades. However, if Trump's first 100 days in office are any indication, he has no intention of slowing down the trend.

During a single week in April, the Trump administration fired 59 Tomahawk missiles into a Syrian airfield, and dropped the largest bomb in the U.S. arsenal on suspected ISIS tunnels in Afghanistan. This 21,600-pound incendiary percussion device that had never been used in combat—the Massive Ordnance Air Blast or MOAB, colloquially known as the “Mother of All Bombs”—was used in the Achin district of Afghanistan, where Special Forces Staff Sergeant Mark De Alencar had been killed a week earlier. (The bomb was tested only twice, at Elgin Air Base, Florida, in 2003.)

To underscore the new administration's preference for force over diplomacy, the decision to experiment with the explosive power of the mega-bomb was taken unilaterally by General John Nicholson, the commanding general of U.S. forces in Afghanistan. In praising that decision, Pres. Trump declared that he had given “total authorization” to the U.S. military to conduct whatever missions they wanted, anywhere in the world—which presumably means without consulting the interagency national security committee.

It is also telling that Pres. Trump chose generals for two key national security positions traditionally filled by civilians: the Secretary of Defense and the National Security Advisor. Yet three months into his administration, he has left unfilled hundreds of senior civilian governmental positions at State, Defense and elsewhere.

### **An Increasingly Shaky Ban**

While Pres. Trump has not yet enunciated a policy on the subject of political assassinations, there has so far been no indication that he plans to change the practice of relying on drone killings established by his recent predecessors.

Back in 1976, however, President Gerald Ford set a very different example when he issued his Executive Order 11905. This proclaimed that “No employee of the United States government shall engage in, or conspire to engage in, political assassination.”

He instituted this prohibition after investigations by the Church Committee (the Senate Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities, chaired by Sen. Frank Church, D-Idaho) and the Pike Committee (its House counterpart, chaired by Rep. Otis G. Pike, D-N.Y.) had revealed the extent of the Central Intelligence Agency's assassination operations against foreign leaders in the 1960s and 1970s.

With a few exceptions, the next several presidents upheld the ban. But in 1986, President Ronald Reagan ordered an attack on Libyan strongman Muammar Gaddafi's home in Tripoli, in retaliation for the bombing of a nightclub in Berlin that killed a U.S. serviceman and two German citizens and injured 229. In just 12 minutes, American planes dropped 60 tons of U.S. bombs on the house, though they failed to kill Gaddafi.

Twelve years later, in 1998, President Bill Clinton ordered the firing of 80 cruise missiles on al-Qaida facilities in Afghanistan and Sudan, in retaliation for the bombings of U.S. embassies in Kenya and Tanzania. The Clinton administration justified the action by asserting that the proscription against assassination did not cover individuals whom the U.S. government had determined were connected to terrorism.

Days after al-Qaida carried out its Sept. 11, 2001, attacks on the United States, President George W. Bush signed an intelligence "finding" allowing the Central Intelligence Agency to engage in "lethal covert operations" to kill Osama bin Laden and destroy his terrorist network. White House and CIA lawyers argued that this order was constitutional on two grounds. First, they embraced the Clinton administration's position that E.O. 11905 did not preclude the United States' taking action against terrorists. More sweepingly, they declared that the ban on political assassination did not apply during wartime.

### **Send in the Drones**

The Bush administration's wholesale rejection of the ban on targeted killing or political assassinations reversed a quarter-century of bipartisan U.S. foreign policy. It also opened the door to the use of unmanned aerial vehicles to conduct targeted killings (a euphemism for assassinations).

The U.S. Air Force had been flying unmanned aerial vehicles (UAVs), since the 1960s, but only as unmanned surveillance platforms. Following 9/11, however, the Department of Defense and the Central Intelligence Agency weaponized "drones" (as they were quickly dubbed) to kill both leaders and foot soldiers of al-Qaida and the Taliban.

The United States set up bases in Afghanistan and Pakistan for that purpose, but after a series of drone attacks that killed civilians, including a large group gathered for a wedding, the Pakistani government ordered in 2011 that the U.S. drones and U.S. military personnel be removed from its Shamsi Air Base. However, targeted assassinations continued to be conducted in Pakistan by drones based outside the country.

In 2009, President Barack Obama picked up where his predecessor had left off. As public and congressional concern increased about the use of aircraft controlled by CIA and military operators located 10,000 miles away from the people they were ordered to kill, the White House was forced to officially acknowledge the targeted killing program and to describe how persons became targets of the program.

Instead of scaling the program back, however, the Obama administration doubled down. It essentially designated all military-age males in a foreign strike zone as combatants, and therefore potential targets of what it termed "signature strikes." Even more disturbing, it declared that strikes aimed at specific, high-value terrorists, known as "personality strikes," could include American citizens.

That theoretical possibility soon became a grim reality. In April 2010, Pres. Obama authorized the CIA to "target" Anwar al-Awlaki, an American citizen and a former imam at a Virginia mosque, for assassination. Less than a decade before, the Office of the Secretary of the Army had invited the imam to participate in an interfaith service following 9/11. But al-

Awlaki later became an outspoken critic of the “war on terror,” moved to his father’s homeland of Yemen, and helped al-Qaida recruit members.

On Sept. 30, 2011, a drone strike killed al-Awlaki and another American, Samir Khan—who was traveling with him in Yemen. U.S. drones killed al-Awlaki’s 16-year-old son, Abdulrahman al-Awlaki, an American citizen, 10 days later in an attack on a group of young men around a campfire. The Obama administration never made clear whether the 16-year-old son was targeted individually because he was al-Awlaki’s son or if he was the victim of a “signature” strike, fitting the description of a young military-age male. However, during a White House press conference, a reporter asked Obama spokesman Robert Gibbs how he could defend the killings, and especially the death of a U.S.-citizen minor who was “targeted without due process, without trial.”

Gibbs’ response did nothing to help the U.S. image in the Muslim world: “I would suggest that you should have had a far more responsible father if they are truly concerned about the well-being of their children. I don’t think becoming an al-Qaida jihadist terrorist is the best way to go about doing your business.”

On Jan. 29, 2017, al-Awlaki’s 8-year-old daughter, Nawar al-Awlaki, was killed in a U.S. commando attack in Yemen ordered by Obama’s successor, Donald Trump.

Meanwhile, the media continued to report incidents of civilians being killed in drone strikes across the region, which frequently target wedding parties and funerals. Many inhabitants of the region along the Afghan-Pakistan border could hear the buzz of drones circling their area around the clock, causing psychological trauma for all those who live in the area, especially children.

The Obama administration was strongly criticized for the tactic of “double-tap”—hitting a target home or vehicle with a Hellfire missile, and then firing a second missile into the group that came to the aid of those who had been wounded in the first attack. Many times, those who ran to help rescue persons trapped inside collapsed buildings or flaming cars were local citizens, not militants.

### **An Increasingly Counterproductive Tactic**

The rationale traditionally offered for using drones is that they eliminate the need for “boots on the ground”—whether members of the armed forces or CIA paramilitary personnel—in dangerous environments, thereby preventing loss of U.S. lives. U.S. officials also claim that the intelligence UAVs gather through lengthy surveillance makes their strikes more precise, reducing the number of civilian casualties. (Left unsaid, but almost certainly another powerful motivator, is the fact that the use of drones means that no suspected militants would be taken alive, thus avoiding the political and other complications of detention.)

Even if these claims are true, however, they do not address the impact of the tactic on U.S. foreign policy. Of broadest concern is the fact that drones allow presidents to punt on questions of war and peace by choosing an option that appears to offer a middle course, but actually has a variety of long-term consequences for U.S. policy, as well as for the communities on the receiving end.

By taking the risk of loss of U.S. personnel out of the picture, Washington policymakers may be tempted to use force to resolve a security dilemma rather than negotiating with the parties involved. Moreover, by their very nature, UAVs may be more likely to provoke retaliation against America than conventional weapons systems. To many in the Middle East

and South Asia, drones represent a weakness of the U.S. government and its military, not a strength. Shouldn't brave warriors fight on the ground, they ask, instead of hiding behind a faceless drone in the sky, operated by a young person in a chair many thousands of miles away?

Since 2007, at least 150 NATO personnel have been the victims of "insider attacks" by members of the Afghan military and national police forces being trained by the coalition. Many of the Afghans who commit such "green on blue" killings of American personnel, both uniformed and civilian, are from the tribal regions on the border of Afghanistan and Pakistan where U.S. drone strikes have focused. They take revenge for the deaths of their families and friends by killing their U.S. military trainers.

Anger against drones has surfaced in the United States as well. On May 1, 2010, Pakistani-American Faisal Shahzad attempted to set off a car bomb in Times Square. In his guilty plea, Shahzad justified targeting civilians by telling the judge, "When the drone hits in Afghanistan and Iraq, they don't see children, they don't see anybody. They kill women, children; they kill everybody. They're killing all Muslims."

As of 2012 the U.S. Air Force was recruiting more drone pilots than pilots for traditional aircraft—between 2012 and 2014, they planned to add 2,500 pilots and support people to the drone program. That is nearly twice the number of diplomats the State Department hires in a two-year period.

Congressional and media concern over the program led to the Obama administration's acknowledgment of the regular Tuesday meetings led by the president to identify targets for the assassination list. In the international media, "Terror Tuesdays" became an expression of U.S. foreign policy.

### **Not Too Late**

To many around the world, U.S. foreign policy has been dominated for the past 16 years by military actions in the Middle East and South Asia, and large land and sea military exercises in Northeast Asia. On the world stage, American efforts in the areas of economics, trade, cultural issues and human rights appear to have taken a back seat to the waging of continuous wars.

Continuing the use of drone warfare to carry out assassinations will only exacerbate foreign distrust of American intentions and trustworthiness. It thereby plays into the hands of the very opponents we are trying to defeat.

During his campaign, Donald Trump pledged he would always put "America First," and said he wanted to get out of the business of regime change. It is not too late for him to keep that promise by learning from his predecessors' mistakes and reversing the continued militarization of U.S. foreign policy.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**